

2009-12-17

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 11.11.2009

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 50** **Ist: 40**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

von der Heydt, Jörn Unentschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Hoffmann, Frank
Schwierz, Andreas Unentschuldigt
Stabbert-Kühl, Sabine Unentschuldigt

Fraktion der SPD

Laue, Harald
Müller, Angela

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Grabner, Isolde

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Böhler, Axel Unentschuldigt

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner, eröffnete die Sitzung des Gremiums und stellte die form- und fristgemäße Ladung fest. Des Weiteren gab er die Beschlussfähigkeit des Rates bekannt.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die ausgereichte Tagesordnung wurde in der vorgeschlagenen Fassung bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 30.09.2009

Die Niederschrift wurde in der vorgelegten Fassung mit zwei Enthaltungen genehmigt.

4. Berichte des Oberbürgermeisters

4.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Zu Beginn seiner Ausführungen berichtete Herr Koschig, dass die Technische Universität Kaiserslautern eine Lehrstuhl Stadtumbau und Ortserneuerung eingerichtet hat. Mit der Hochschule Anhalt gibt es eine Kooperationsvereinbarung zu Projekten im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel in unserem Land. Die Universität Kaiserslautern hat Dr. Holger Schmidt auf diesen Lehrstuhl berufen und dieser hat auch bereits eine Antrittsvorlesung gehalten. Der Oberbürgermeister gratulierte dem Mitglied unseres Stadtrates, Herrn Dr. Schmidt, herzlich. (Zu diesem Zeitpunkt war dieser noch nicht anwesend.)

Am letzten Montag fand die Gedenkveranstaltung „20 Jahre Mauerfall“ statt. An der Friedensglocke wurde eine sehr würdige und angemessene Veranstaltung durchgeführt. An diesem Tage fanden weitere Veranstaltungen statt, das Anhaltische Theater führte eine Lesung auf, in der der Runde Tisch und die Entwicklung der friedlichen Revolution 1989/90 nachvollzogen wurden.

Die Veranstaltung an der Friedensglocke wurde genutzt, um der Öffentlichkeit die Entwürfe der Arbeitsgruppe Geschichte der Stadt Dessau-Roßlau zur weiteren Gestaltung der Friedensglocke vorzustellen und zu erläutern. Gleichzeitig folgte ein Spendenaufruf, an diesem Abend wurden 231,70 EUR gespendet. Herr Koschig wies darauf hin, dass heute nochmals die Gelegenheit zur Spende für das Kuratorium besteht. Im Saal befindet sich diese Spendenbox sowie Überweisungsträger.

Herr Koschig verwies auf das Gedenken an die Verstorbenen, aber auch an die Opfer von Krieg und Gewalt in diesem Monat. Am vergangenen Montag wurde ebenfalls der Pogromnacht mit einer würdigen Gedenkstunde an der Stele in der Askanischen Straße gedacht. Der OB wies auf die Kranzniederlegung am 15. November auf dem Friedhof II, um 11.00 Uhr in Roßlau bzw. auf dem Ehrenfriedhof III um 11.30 Uhr in Dessau hin.

Im Weiteren informierte Oberbürgermeister Koschig über den Sachstand zur Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor gefährlichen Hunden.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Hundegesetzes am 01.03.2009 waren beim Steueramt 11 sog. Kampfhunde registriert, für die durch das Gesetz die Gefährlichkeit vermutet wird.

- 4 dieser Hunde werden zwischenzeitlich nicht mehr in Dessau-Roßlau gehalten bzw. sind verstorben.
- 6 Hunde haben bisher den geforderten Wesenstest abgelegt und auch erfolgreich bestanden. In einem Fall steht dieser noch aus.
- Zudem wurden im letzten halben Jahr 3 weitere Kampfhunde im Stadtgebiet ermittelt, die bisher nicht gemeldet waren. Die entsprechenden Halter wurden bereits über ihre Pflichten schriftlich informiert, die notwendigen Unterlagen und die Wesenstests eingefordert. Nach den gesetzten Fristen werden die Forderungen ggf. mit Bußgeldern durchgesetzt. Bei fortwährendem Ignorieren der Forderungen wäre dann auch eine Haltungsverbotung möglich.
- In bisher 5 Fällen wurden Hunde aufgrund von Beißvorfällen als gefährlich eingestuft, ebenso viele Vorgänge befinden sich derzeit noch in der Prüfung. Bei diesen sog. Vorfallshunden handelt es sich u. A. um Hunde der Rassen Schäferhund, Australian Shepherd, Border Collie und Jagdterrier. Ein Abschluss dieser Verfahren ist derzeit aufgrund fehlender Vorschriften des Landes zu der durch den Halter zu erbringenden Sachkunde noch nicht möglich.

Der Bericht des Oberbürgermeisters umfasste im Weiteren die Informationen

Umsetzung der Beschlüsse

- Die Beteiligung unserer Stadt an der Internationalen Kampagne „Städte für das Leben, Städte gegen die Todesstrafe“ wurde der Initiative bekannt gegeben.
- Gleiches gilt für die Mitarbeit an der Hochwasserpartnerschaft Elbe.
- Beschluss über die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 „Revitalisierung Gasviertel“ - Bekanntmachung erfolgt im Amtsblatt (Ausgabe 12/2009 am 28.11.2009).
- Die öffentliche Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 147 „Schlachthof Dessau-Nord“ ist abgeschlossen; Abwägungs- und Satzungsbeschluss sind in Vorbereitung.
- Die öffentliche Auslegung für den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 196 „An der Kreisstraße“ in Meinsdorf und für den Entwurf der 2. Änderung des B-Planes Nr. 200 „An der Birkenallee“ im Stadtteil Roßlau werden für das Amtsblatt Nr. 12/2009 vorbereitet. Die Auslegungen finden im Dezember 2009 bis Januar 2010 statt.
- Alle Satzungen und Benutzerordnungen, welche in der letzten Sitzung verabschiedet wurden, werden nach Veröffentlichung im November-Amtsblatt dann auch in Kraft gesetzt.
- Am 01.10.2009 zur IBA mit dem Thema - IBA am Standort Dessau-Roßlau, Stadtumbau 2010 im LSA wurde eine Journalistenreisegruppe empfangen. Das Thema wird inzwischen auch in der deutschen Presse besprochen.

Gebietsänderungsangelegenheiten

- Sachstand zum Eingemeindungsbegehren der Gemeinde Thießen. Nach einer Diskussion in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 29. Oktober wurden Briefe an BM Lutze, die Bürgerinitiative Pro Dessau-Roßlau/Pro Bahn und Frau BM Berlin und auch an das MdL Brumme gesandt.

Eine Bürgeranhörung in Thießen wird am 15.11.2009 mit der Fragestellung „Sind Sie für eine Eingemeindung der Gemeinde Thießen in die Stadt Dessau-Roßlau?“ durchgeführt. Dazu findet heute um 19.30 Uhr im Sportlerheim Thießen eine Bürgerversammlung statt.

Bei einer zweiten Bürgeranhörung am 29.11.2009 wird die gleiche Frage, wie im April gestellt: „Sind Sie für eine Eingemeindung der Gemeinde Thießen in die Stadt Coswig?“

Es ist angekündigt, dass sich der Kreistag Wittenberg mit dem Auskreisungsantrag Thießen am 7. Dezember 2009 beschäftigen wird.

- Die Gemeinde Vockerode ist momentan nicht gewillt, sich freiwillig in die Stadt Oranienbaum-Wörlitz eingemeinden zu lassen. Deshalb wird in Vorbereitung der Bürgeranhörung eine Einwohnerversammlung am 18. November 2009, 18.00 Uhr in der Turnhalle in Vockerode stattfinden.

Schule

- Am 3. November 2009 wurde der Zuwendungsbescheid zum Neubau einer Zweifeldsporthalle am Gymnasium „Philanthropinum“ durch den Vizepräsidenten des Landesverwaltungsamtes, Herrn Peter Kuras, übergeben. Am Rande dieser Übergabe erhielt die Stadt von der zuständigen Mitarbeiterin des Landesverwaltungsamtes für die Maßnahmen Urban II, ExWoSt und die Stadtumbauprojekte sehr viel Lob.

Kultur

Zum ExWoSt-Modellvorhaben „Interkultureller Generationenpark“ informierte Herr Koschig, dass die interaktive Beleuchtung mit einer Aktion am 9. Dezember 2009 eingeweiht werden soll.

Im Berichtszeitraum fanden zwei Ausstellungseröffnungen statt:

- Im Meisterhaus Klee/Kandinsky wurde die Ausstellung "Griffelkunst in Dessau - oder: Wie sammelt man Graphik, ohne Millionär zu sein. Eine Auswahl aus der städtischen Sammlung (1990-1999)" eröffnet. Die Ausstellung gibt einen guten Einblick in die zeitgenössische Grafik.
- Im Museum für Stadtgeschichte wurde die Eisenkunstgusssammlung Ewald Barth nach der Eröffnungsausstellung 2007 in einer zweiten Ausstellung unter dem Titel „Eisen. Preußisch. MDCCCXIII. Preußischer Eisenkunstguss und die Befreiungskriege“ präsentiert.

Wirtschaftsförderung und Tourismus

- Die Existenzgründerbörse fand am 27.10.2009 in unserer Stadt mit einer Preisverleihung „Kühner Kopf“ an Herrn Pfeil statt.
- Am 10. Oktober 2009 hat die Stadt Dessau-Roßlau am Brandenburger Reisemarkt im Ostbahnhof Berlin teilgenommen. Die Touristiker der Stadt informierten das zahl-

reiche und sehr interessierte Berliner Publikum über Reiseangebote und Veranstaltungen im Jahr 2010 der Stadt Dessau-Roßlau.

- Zum Arbeitsstand der Vorbereitung der Entscheidung zur Gründung eines Eigenbetriebes Kindertagesstätten informierte Herr Koschig, nachdem das Projekt am 1. Juli mit der Arbeitsaufnahme der Projektleiterin, Frau Eberle, begonnen hat, sei es nunmehr sehr weit fortgeschritten. In der nächsten Stadtratssitzung werde das Ergebnis der Abwägungsanalyse mit einer Beschlussempfehlung vorlegen. Das Grobkonzept, die Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, der Entwurf der Betriebsatzung liegen bereits vor. Im nächsten Schritt muss das Umsetzungskonzept erarbeitet werden. Bei weiterer intensiver Arbeit und ohne das Tempo aus dem Prozess nehmen zu wollen, halte Herr Koschig einen Gründungstermin zum 1. Juli 2010 für realistisch.

Allgemeines:

- Am 3. Oktober 2009 wurde eine JU 52 der Schweizer JU-AIR auf den Namen „Dessau“ getauft.
- Vom 19. Oktober bis 1. November fand in der Alten Brauerei und im UBA ein Energiefest statt. Die Eröffnung nahm der neue Umweltminister LSA, Dr. Aeikens, vor. Mit vielen Beteiligten ist es gelungen, ein interessantes Programm mit vielen Veranstaltungen zum Thema Energieeinsparung, Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien zu organisieren.
- Die Polizeidirektion Ost teilte mit, dass die zum Schutz der Nutzer des AJZ in der Schlachthofstraße erfolgte Videoüberwachung zum 19.10.2009 wieder eingestellt wurde. Dieser Entscheidung vorangegangen war eine Gefährdungsanalyse durch die zuständigen Beamten. Es gab seit längerem keine entsprechenden strafrechtlich relevanten Vorkommnisse mehr. In der nächsten Woche wird es ein Gespräch mit dem Revierleiter zur Abstimmung weiterer Maßnahmen geben, um die Besorgnis unserer Eltern und Lehrer im Philanthropinum zu diskutieren, wie hier auch die Polizei, nachdem auch unser Stadtordnungsdienst regelmäßig tätig wird, zu einer Beruhigung der Situation beitragen kann.
- Im Weiteren informierte Herr Oberbürgermeister über abgeschlossene Einbürgerungsverfahren. In 2009 wurden bisher 24 Einbürgerungsverfahren abgeschlossen, davon 3 Ermessenseinbürgerungen und 21 Anspruchseinbürgerungen. Des Weiteren konnten 8 Einbürgerungszusicherungen ausgehändigt werden. Die nächste Einbürgerungsfeier in diesem Ratssaal findet am 14. Dezember 2009 statt.
- Wie in den vorangegangenen zwei Jahren wurden am 27.10.2009 im Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Dessau-Roßlau durch die untere Jagdbehörde die Modalitäten zur Vorbereitung gemeinsamer Drückjagden vor allem auf Schwarzwild im Bereich Kühnau besprochen. Diese finden nach Absprache am 14.11. und 12.12.2009 statt. Beteiligte sind: der Bundesforstbetrieb, der Landesforstbetrieb Anhalt, die WWF, die Jagdgenossenschaft Kühnau, die Stadt Dessau-Roßlau selbst und der Jagdpächter für den Roßlauer Unterluch.
- Insgesamt werden an beiden Jagdtagen auf ca. 1610 ha Jagdfläche ca. 164 Schützen, ca. 90 Jagdhelfer und 45 Hunde zum Einsatz kommen. In Absprache mit dem Ortschaftsrat Großkühnau wollen Bürgerinnen und Bürger aus Großkühnau dem Stadtordnungsdienst bei der Absicherung der Zugänge zu den zu bejagenden Flächen an den Jagdtagen unterstützen. Die Medien werden kurz vor der jeweiligen Jagd über die Einschränkungen aus Sicherheitsgründen und nach der Jagd über das Streckenergebnis informiert.

- Darüber hinaus werden durch die einzelnen Akteure weitere getrennt durchgeführte Drückjagden auf den in der jeweiligen Zuständigkeit liegenden Flächen im Stadtgebiet von Dessau- Roßlau durchgeführt.
- Auf einen Aufruf des ADFC Sachsen-Anhalt, gemeinsam mit der AOK und dem Bundesministerium für Verkehr haben auch Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung an der bundesweiten Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ teilgenommen. Es beteiligten sich 107 Beschäftigte in 15 Teams und haben den Titel „Fahrradaktivster Betrieb“ errungen.
- Zu einem Besuch in der Partnerstadt Ludwigshafen anlässlich des 150. Jubiläums der Verleihung der Stadtrechte am 06. November 2009 weilte Herr Koschig in Ludwigshafen und richtete die Grüße der Oberbürgermeisterin und dem Stadtvorstand aus.
- Es erfolgte der Hinweis auf die schriftlich ausgereichten Informationen zum Stand der Baumaßnahmen und die Hochwasserinformation.
- Abschließend sprach Herr Koschig allen eine Einladung aus, den „Zug der Erinnerungen“ in der Zeit vom 22. bis 24. November auf dem Dessauer Hauptbahnhof zu besuchen.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der Stadtrat fasste in seiner letzten Sitzung folgende nichtöffentliche Beschlüsse:

- Vergabe des städtischen Objektes Schillerstraße 37 in Erbbaurecht
- Aufhebung eines Beschlusses vom 23. April und die Rückabwicklung eines Grundstückkaufvertrages
- Betrauung mit gemeinschaftlichen Verpflichtungen für das Linienbündel 3 im öffentlichen Personen- und Nahverkehr der Stadt Dessau-Roßlau und
- die Betrauung mit gemeinschaftlichen Verpflichtungen für die Linienbündel 1 und 2 im ÖPNV der Stadt.

Alle Vorlagen wurden mehrheitlich beschlossen.

Herr Koschig sprach an dieser Stelle der Fa. Bus-Müller in Roßlau den herzlichsten Glückwunsch zum 75. Betriebsjubiläum aus, welches heute gefeiert wird.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Information über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Umschuldung von sechs Kommunalkrediten im Wert von insgesamt 4.466.000 EUR Vorlage: DR/IV/085/2009/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zum Konjunkturpaket II Maßnahme "Kranbahnverlängerung / Kaimauer Hafen Dessau-Roßlau" - Zuschuss an die Industriehafen Roßlau GmbH Vorlage: DR/BV/391/2009/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.3 **Maßnahmebeschluss Zuschuss an Schwabehaus e.V. für Sicherungsmaßnahmen Johannisstraße 17 für HHJahr 2009** **Vorlage: DR/BV/344/2009/VI-60**

Die Vorlage betreffend gratulierte **Herr Kleinschmidt, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dem Schwabehausverein, dass es ihm gelungen ist, die Zuwendung zu erhalten und die Vorfinanzierung durch die Stadt gesichert ist. Irritiert habe ihn allerdings, dass das Programm bis zum Jahr 2013 fortgeschrieben ist und er dabei den Neuen Wasserturm vermisste. Dieser gehöre unstrittig zur IBA und zum Stadtumbau Ost, weshalb er nicht verstehe, warum er nicht in die Liste aufgenommen werden konnte. Es kann nicht an den Fördermittelanträgen liegen, da man ständig mit der Stadtverwaltung zusammengearbeitet hatte. Man habe sogar aufgrund der guten Fördermittelanträge von der Deutschen Denkmalstiftung in Bonn Zuweisungen erhalten, aber vom Landesamt für Denkmalschutz nur die lakonische Mitteilung bekommen, dass es nicht geht. Man hatte auf den Stadtumbau Ost gesetzt, aber bis auf eine Zuwendung im Jahr 2006 keine Zuwendung bekommen. Ziel war es, zur IBA den Wasserturm in seiner alten Schönheit wieder herzustellen, geschafft habe man aber nur, dass das Dach neu gedeckt ist. Leider konnten die 4 Erkertürme und die Spitze nicht realisiert werden. Dies sei umso bedauerlicher, als uns viele Dessauer mit Spenden zur Seite gestanden haben.

Darum äußerte Herr Kleinschmidt die Bitte, dass man vielleicht noch mit den Verantwortlichen der Stadtverwaltung ins Gespräch kommen sollte, um noch im Jahr 2010 mit einer vernünftigen Darstellung des Wasserturms zum Zuge zu kommen und ihn zur IBA präsentieren zu können, wie es sich für ein Kleinod der Stadt gehört.

Herr Beigeordneter Hantusch erwiderte, man sei ständig mit dem Thema dabei und hatte auch mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Mitte des Jahres eine Richtung besprochen. Diese werde auch weiterhin verfolgt mit dem Ziel, dass die Notsicherung abgeschlossen werden kann.

Ihn irritiere etwas in dem Zusammenhang und er habe auch im Bauausschuss das gleiche Thema angesprochen, merkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an. Hier habe die Verwaltung geantwortet, dass es daran lag, dass der Förderverein für den Wasserturm die Fördersumme immer mehr in die Höhe getrieben hat und letztlich bei Millionen war, die nicht in Magdeburg auf Wohlwollen getroffen haben. Er habe Herrn Kleinschmidt mit dieser Aussage konfrontiert und dieser habe gesagt, dass die Förderanträge immer in Abstimmung mit der Stadt gemacht worden sind. Die Stadt könne jetzt nicht dem Verein vorwerfen, überdimensionale Forderungen gestellt zu haben. Aus diesem Grund bitte er, dass dazu nochmals eine ordentliche Antwort gegeben wird, wie es weitergeht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, fragte Herrn Hantusch, ob es möglich ist, im Zuge einer der nächsten Beratungen im Bauausschuss die Prioritätensetzung solcher Projekte in der Begleitung neu zu ordnen. Er habe den Eindruck, hier werde mit unterschiedlichem Maß gemessen.

5.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Bezug nehmend auf die ausgereichte Information zu den Baumaßnahmen, sprach **Frau Ehler, Fraktion Die Linke**, an, dass es zur B 185 noch immer keine Antwort auf ihre Frage gibt, warum wir nicht über die Sperrung der Umleitungsstrecke seitens des Landkreises Anhalt-Bitterfeld informiert worden sind. Es gibt auch keine Antwort, wann diese Umleitung der Umleitung aufgehoben wird.

Frau Beigeordnete Nußbeck gab ihrer Verwunderung Ausdruck, da eine schriftliche Antwort erfolgt war. Sie sagte zu, diese nochmals per Fax zuzusenden.

Herr Beigeordneter Hantusch informierte darüber, dass nach den Geruchsbelästigungen in der Zoberbergschule und im Kulturzentrum Altes Theater nun ein dritter Fall im Kurshaus „Kurt Elstner“ aufgetreten ist. Hier wurden gleiche Geruchsstoffe in ähnlicher Zusammensetzung und Intensität auf einer Fläche von ca. 700 m² festgestellt. Die gemessenen Werte liegen auch hier nach dem Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden im hygienisch noch unbedenklichen Bereich, bei dem verstärktes Lüften empfohlen wird. Wir haben deshalb ab dieser Woche mit dem Schulverwaltungsamt gemeinsam ein Lüftungsregime festgelegt. Die weiteren Maßnahmen werde man von den Ergebnissen des Gutachterverfahrens abhängig machen. Wie auch beim Alten Theater werde man aber ein selbständiges Beweissicherungsverfahren beim Landgericht einreichen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, meldete sich zu Wort für eine persönliche Erklärung. Er merkte an, seit Anfang September eine Information von Fraktionsvorsitzenden von zwei Parteien aus einer internen Runde des OB mit den Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates zu haben. Hierzu habe er lange überlegt, ob er diese Information auf sich beruhen lassen soll. Aktuelle Entwicklungen veranlassen ihn nun, doch die Dinge in die Öffentlichkeit zu bringen.

Herr Koschig hatte in dieser Runde berichtet, dass einige Stadträte in der Öffentlichkeit schlecht von ihm reden, insbesondere er, Herr Otto, und das würde dem Ansehen der Stadt schaden. Dies hätte ihm Herr Kessing gesagt, als Herr Koschig ihn in seinem Urlaub besucht hat. Herr Otto habe Herrn Kessing erst telefonisch und jetzt bei einem Besuch in Dessau befragt, wie er zu einer solchen Äußerung kommt, denn außer bei Stadtrundfahrten habe er mit ihm keinen Kontakt gehabt. Herr Kessing sagte, dass es eine solche Äußerung von ihm nicht gegeben hat - was er wirklich gesagt hat, wisse er und dies stehe in keinem Zusammenhang mit ihm.

Tatsache aber ist, dass Herr Otto sich seit Anfang des Jahres zunehmend dem Vorwurf von Bürgern - auch aus Roßlau - und aus der Wirtschaft ausgesetzt sehe, dass er für Herrn Koschig Wahlkampf gemacht hat. Er hätte doch die Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft kennen oder einschätzen müssen. Herr Otto drückte sein Bedauern aus, dass er den Bürgern nicht erklären kann, wenn der erste Repräsentant der Stadt zu öffentlichen Veranstaltungen zu spät kommt oder selbst vor der Kamera des Regionalfernsehens wegnickt. In welche Richtungen die Forderungen der Bürger oder der Kritiker gehen, müsse Herr Otto wohl nicht ausführen.

An Herrn Koschig gerichtet, stellte Herr Otto fest, er wisse jetzt, in welchem Zusammenhang er über ihn rede.

Es erfolgte eine Unterbrechung der Ausführungen von Herrn Otto durch den **Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner**. Dieser bat ihn, zu überdenken, ob dieses wirklich ein Thema für den öffentlichen Teil der Sitzung ist, was von **Herrn Otto** wiederum bekräftigt wurde. Dieser betonte, es sei im öffentlichen Interesse, weil er von den Bürgern damit konfrontiert worden ist. Er tut dies aber niemals, wenn er ehrenamtlich Reisegruppen betreue, die nach Dessau kommen, z. T. sogar aufgrund persönlicher Einladung. Da werbe er für unsere Stadt im touristischen, kulturellen und wirtschaftlichen Sinne und spreche schon deshalb nicht über handelnde Personen. In Fortsetzung seiner Ausführungen merkte Herr Otto an die Mitglieder des Stadtrates gewandt an, wie es um das Demokratieverständnis der Verwaltungsspitze bestellt ist, haben sie an der geplanten Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates erst selbst erfahren können.

Aufgrund der Anzeige eines **Geschäftsordnungsantrages** unterbrach Herr Dr. Exner Herrn Otto. **Herr Weber, CDU-Fraktion**, erklärte, der Stadtratsvorsitzende habe zu Recht festgestellt, dass es kein Thema für die öffentliche Diskussion sei. Der Stadtrat sei Dienstvorgesetzter des Oberbürgermeisters und hat, wenn eine disziplinarische Klärung erfolgen muss, dies dann im Rahmen seiner dienstrechtlichen Belange abzuarbeiten. Im Nachgang wäre die Öffentlichkeit über ein solches Verfahren zu informieren. Der Stadtrat hat aber nicht das Recht, diese persönliche Frage eines beamtenrechtlich relevanten Vorganges hier öffentlich zu diskutieren.

Da diese Dinge aber in der Öffentlichkeit angesprochen wurden und er selbst damit beschädigt wurde, müsse er auch das Recht haben, sich dagegen öffentlich wehren zu können, entgegnete **Herr Otto**.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, stellte fest, dies als eine nichtöffentliche Angelegenheit einzuschätzen und die öffentliche Diskussion so nicht zulassen zu wollen. Er schlug vor, dies vom Plenum abstimmen zu lassen. Vorher räume er dem Betroffenen, Herrn Koschig, die Gelegenheit ein, wenn er dazu etwas sagen wolle, dies jetzt zu tun.

Herr Oberbürgermeister Koschig führte aus, Herr Stadtrat Otto gebe sich hier gerade alle Mühe, seine Person in der Öffentlichkeit zu beschädigen. Dies halte er für ungeheuerlich. Wie Stadtrat Weber bereits sagte, habe er die gleichen Rechte wie jeder andere. Die Ausführungen von Herrn Otto, die hier mit Vehemenz vorgetragen werden und zum Teil völlig haltlos sind, bestätigen, dass doch eine ganze Menge daran ist, was in der interfraktionellen Runde besprochen werden musste.

Haltlos seien seine Äußerungen nicht, da er dafür Zeugen habe, merkte **Herr Otto** an.

Die Diskussion wurde durch den Stadtratsvorsitzenden abgebrochen. **Herr Dr. Exner** fragte die Mitglieder des Stadtrates, ob es Bedenken gebe, diese Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil weiter zu verhandeln.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, stellte dazu die Fragen, in welchem Kontext dies mit einer persönlichen Erklärung zu sehen sei. Jeder Rat habe die Möglichkeit, eine persönliche Erklärung abzugeben. Das Problem sei natürlich, dass diese auf Gegenrede stoßen kann, was dann aber im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorzuklären sei. Man habe jetzt die öffentliche Erklärung gehört und ihm sei nicht klar, wozu man sich befinden soll.

Herr Dr. Exner gab die Meinung des Präsidiums bekannt, die Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil verhandeln zu lassen.

Es wurde ein Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Stadtrat Bönecke** auf Abstimmung gestellt, worauf **Herr Schönemann** Einspruch erhob.

Durch den Stadtratsvorsitzenden wurde zur **Abstimmung** aufgerufen. Mit einem Stimmenverhältnis von 22 Für- und 5 Gegenstimmen wurde die Angelegenheit in den nichtöffentlichen Teil verlegt.

Als Protokollvermerk bat **Herr Schönemann** aufzunehmen, die **Fraktion Die Linke** hat sich an der Abstimmung bewusst nicht beteiligt, weil man dies nicht für abstimmungsfähig hält.

Eine ähnliche Auffassung vertrete die **SPD-Fraktion**, erklärte **Herr Eichelberg**, weshalb man sich bei dieser Abstimmung ebenfalls nicht beteiligt hat.

Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt gab es nicht.

6. Einwohnerfragestunde

Zu Wort meldete sich **Herr Ginskey, wohnhaft in Dessau, Alte Leipziger Straße 13**. Er richtete sich an Herrn Hantusch und Herrn Otto mit der Frage, wie es nun mit dem Gropiushaus weitergeht. Als Variante für eine Lösung schlug er vor, wie in Leipzig mit der Verschiebung des Portikus zu verfahren. So könne das Haus, welches an der Stelle steht, wo das Gropiushaus hin soll, verschoben werden in Richtung des Grundstückes von Herrn Dr. Neubert. Diese Lösungsvariante sollte geprüft werden.

Als weiteres Anliegen erinnerte er an seine bereits einmal im Stadtrat geäußerte Anfrage betreffs des „Gebhardt-Blockes“. Hierzu habe er mit Herrn Reinsdorf gesprochen, welche Herrn Hantusch unterrichten sollte. Die Nachfrage von Herrn Ginskey, ob dies geschehen ist, wurde von Herrn Hantusch bestätigt.

Herr Dr. Exner richtete die Frage an Herrn Ginskey, ob er eine Beantwortung wünsche. Dies wurde von Herrn Ginskey verneint, er würde sich nur freuen, wenn seine Anregungen weiterhelfen.

Herr Hantusch drückte seine Freude über den Vorschlag von Herrn Ginskey aus und sagte eine Prüfung zu.

7. Beschlussfassungen

7.1 Rücktritt und Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Vorlage: DR/BV/430/2009/V-StR

Der Stadtrat stimmt dem Rücktritt von Frau Cornelia Lüddemann zu und wählt auf Vorschlag der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen Herrn Bastian George als neues stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

7.2 Entsendung von Stadträten zur Mitarbeit im Kuratorium zur Errichtung eines Hugo-Junkers-Denkmal
Vorlage: DR/BV/419/2009/I-OB

Der Stadtrat entsendet folgende Stadträte zur Mitarbeit im Kuratorium zur Errichtung eines Hugo-Junkers-Denkmal:

1. Harald Trocha, CDU-Fraktion
2. Ralf Schönemann, Fraktion Die Linke
3. Robert Hartmann, SPD-Fraktion

Abstimmungsergebnis: 40:00:00

**7.3 Jahresabschluss 2008 des Eigenbetriebes
 Städtisches Klinikum Dessau**
Vorlage: DR/BV/331/2009/I-SKD

Frau Lohde, CDU, merkte an, diese Vorlage als wenig aussagekräftig zu erkennen. Für die Bedeutung des Klinikums sei dies unangemessen. Sie fragte nach,

- wie viel Planstellen das Klinikum hat,
- wie viele davon unbesetzt sind und
- welches Budget umfasst die Nichtbesetzung dieser Planstellen.

Herr Koschig sagte zu, die Beantwortung schriftlich nachzureichen.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

**7.4 Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes
 Städtisches Klinikum Dessau für das Jahr 2008**
Vorlage: DR/BV/332/2009/OB

Die Entlastung wurde mehrheitlich ausgesprochen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:02

Herr OB Koschig nahm die Gelegenheit wahr, der Betriebsleitung, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit zu danken. Das Jahr sei schwierig gewesen, es habe viel Unruhe gegeben, dennoch konnte alles gut gemeistert werden, ohne dass die Patienten davon beeinträchtigt wurden. Man könne stolz auf unser Klinikum sein.

7.5 Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Dessau-Roßlau (Hebesatzsatzung)
Vorlage: DR/BV/400/2009/II-20

Herr Dr. Exner stellte fest, es liegen zwei Änderungsanträge vor, von Herrn Dreibrodt und seitens der CDU, von Herrn Pohl.

Zunächst erhielt **Herr Dreibrodt** für seine Antragsbegründung das Wort. Er führte aus, die Hebesätze für den Stadtteil Roßlau sollten für das Jahr 2011 nicht angehoben werden und die Erstreckungssatzung entsprechend anzupassen.

Die Begründung zu seinem Antrag sei allen Mitgliedern des Stadtrates schriftlich ausgehändigt worden. Zusammenfassend erklärte er, Dessau-Roßlau müsse kein angepasstes Ortsrecht schon nach 3 ½ Jahren haben. Fünf Jahre, wie versprochen, können sehr wohl für die Anpassung des Ortsrechtes genutzt werden und das Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung sei so mangelhaft, dass die Stadt, wenn erforderlich, mit guten Aussichten auf Erfolg vor das Verwaltungsgericht ziehen kann.

Weiter führte Herr Dreibrodt aus, mit der heutigen Entscheidung zur Hebesatzsatzung werden nicht nur die Steuern in unserer Stadt für die nächsten Jahre festgeschrieben, mit dieser Entscheidung beantwortet jeder Stadtrat Fragen, die wir schon eine ganze Weile vor uns herschieben. Sie lauten: Was bedeutet mir meine politische Glaubwürdigkeit, bemühe ich mich um die Einhaltung gemachter Zusagen und Versprechen und was ist mir das Zusammenwachsen der Städte Dessau und Roßlau, was ist mir unsere Doppelstadt Dessau-Roßlau wirklich wert.

Die meisten Stadträte hier im Saal waren auch schon Stadträte in Dessau und in Roßlau und haben den Städtezusammenschluss politisch vorbereitet, aktiv mitgestaltet und müssten sich ihrer persönlichen Mitwirkung an der Fusion noch bewusst sein. Da auch einige Stadträte neu sind, wollte Herr Dreibrodt einige wichtige Sachverhalte nochmals deutlich in Erinnerung rufen.

Das Bemühen, die Städte Dessau und Roßlau zusammenzuführen, war ein Prozess über Jahre und ging von Dessau aus. Der erste Versuch einer Eingemeindung scheiterte deutlich am Widerstand Roßlaus. Der erneute Versuch die Städte zusammenzuführen, diesmal mit der Zielstellung Doppelstadtgründung auf Augenhöhe, war am Ende von Erfolg gekrönt. Um die Roßlauer umzustimmen und für eine gemeinsame Stadt zu erwärmen, wurde anstelle von Unterordnung Partnerschaft angeboten und Fusion genannt. Die ausgehandelten Kompromisse, Zugeständnisse und Vereinbarungen wurden in einem Fusionsvertrag festgeschrieben und den Roßlauern als Entscheidungsgrundlage für ihren Bürgerentscheid in die Hand gegeben. Der Ausgang war denkbar knapp: 272 Stimmen haben die Doppelstadtgründung ermöglicht. Seit dem 1. Juli 2007 sind wir gemeinsam Dessau-Roßlau. Herr Dreibrodt schätzte ein, einen Rückblick auf die Doppelstadtgründung könne man kaum kürzer fassen, mache aber dennoch deutlich, welche entscheidende Bedeutung die Fusionsvertragsvereinbarungen für den Ausgang des Roßlauer Bürgerentscheides hatten und somit die Doppelstadtgründung erst ermöglichten.

In dem Fusionsvertrag sei unter § 8 Ortsrecht, im Abs. 1 vereinbart, dass gemeinsames Ortsrecht für die bisherigen Städte Dessau und Roßlau in der gemeinsamen Stadt Dessau-Roßlau erst nach Ablauf von 5 Jahren gelten soll. Damit wurde den Roßlauern eine 5-Jahres-Frist eingeräumt, in der sie noch auf ihrem niedrigen Steuerniveau verbleiben können. Im Übrigen hat der damalige Bürgermeister von Roßlau und heutige Oberbürgermeister von Dessau-Roßlau, Herr Koschig, in Presse, Funk und Fernsehen keinen Zweifel daran gelassen, dass auch nach der Fusion noch 5 Jahre Roßlauer Steuerrecht garantiert werde. Bei der Beantwortung von 33 Fragen zur Fusion Dessau/Roßlau, die im täglichen Leben eine Rolle spielen, Nr. 3: Steigen die Grundsteuern, Nr. 4: Steigen

die Hundesteuern, Nr. 5: Steigen die Gewerbesteuern, Nr. 7: Steigen die Vergnügungssteuern für die Roßlauer durch die Fusion, kam jeweils die klare Antwort Koschigs: „Nein, für alle Steueranpassungen gibt es einen Übergangszeitraum von 5 Jahren. Erst dann gilt das Dessauer Niveau.“

Herr Dreibrodt richtete sich an Herrn Koschig und erklärte, dass dies schlicht Verrat sei, dass er seine Versprechungen, die er sogar mit einem Fusionsschwur geschworen hatte, nicht halten will. Anstelle für die Zusagen an die Roßlauer zu kämpfen, sei er feige und bemüht, seinen Wortbruch hinter einem dafür untauglichen Gesetz zu verstecken. Sein Handeln sei Betrug am Bürger, was er genau wisse. Dabei sollte man ihm als Stadträte nicht noch behilflich sein. Deshalb forderte Herr Dreibrodt die Mitglieder des Stadtrates auf, sich nicht blenden zu lassen von den Steuereinnahmen, die man von den Roßlauern früher eintreiben könnte. Gemessen am Gesamtvolumen der notwendigen Konsolidierung helfe uns das nur wenig. Sie sollen sich auch nicht von abenteuerlichen Behauptungen einzelner Stadträte zu Neid und Missgunst untereinander verführen. Im Vorfeld der heutigen Entscheidung waren Sprüche zu hören, wie „Die Dessauer mussten von Anfang an die riesigen Roßlauer Schulden übernehmen, während die Roßlauer schon jahrelang von der billigen Lebenshaltung in Dessau profitieren“, oder „Es wird Zeit, dass die Roßlauer ihren Beitrag zur Konsolidierung leisten, Schluss muss endlich sein mit den Roßlauer Privilegien, Dessau hat genug geblutet.“ Diese Parolen seien unwahr und unfair. Herr Dreibrodt stellte die Frage, warum Dessau denn mit aller Macht den schnellen Zuwachs von 15.000 Einwohnern wollte? Nicht, weil diese viele Schulden mitbringen, sondern vergleichsweise gut ausgestattet sind, sich der gewaltige Schuldenberg von Dessau besser auf mehr Schultern verteilen ließ und weil es für 15.000 Neubürger gute zusätzliche oberzentrale Finanzzuweisungen gibt. Wenn schon mit solchen Sachverhalten argumentiert wird, sollte man sich nicht so weit von der Wirklichkeit entfernen. Die Mitglieder des Stadtrates sollten sich auch nicht von der Verwaltung beeindrucken lassen, die drängt und droht, die Steuereinnahmen aus Roßlau stünden uns bei den Konsolidierungsbemühungen gut zu Gesicht, andernfalls würden wir in Ungnade beim Landesverwaltungsamt fallen und bekommen mit Sicherheit keinen Haushalt 2010 genehmigt.

Nur so viel dazu: Mit der Nichtgenehmigung von Haushalten zu drohen, ist ein übliches Mittel der Verwaltung und eine Spezialität von Herrn Koschig. Damit sei er aber schon öfter gescheitert. Als Herr Koschig z. B. Anfang 2007 in Roßlau noch schnell vor der Fusion eine Gewerbesteuererhöhung durchdrücken wollte, hat der Stadtrat dies verhindert. Die Drohung Koschigs, dass der Haushalt deshalb nicht genehmigt würde, war nur Bluff. Der Haushalt wurde anstandslos genehmigt.

Herr Dreibrodt bat, seinen Änderungsantrag völlig losgelöst von seiner parteilichen Zuordnung zur SPD zu betrachten und darin nur den Antrag eines Stadtrates zu sehen, der in Meinsdorf wohnt, früher ein Roßlauer war und jetzt ein Dessau-Roßlauer ist. Er bat um Zustimmung zu seinem Antrag, da man nichts zu verlieren habe und eines in jedem Fall bewahre, unsere Glaubwürdigkeit.

Für den Änderungsantrag der **CDU-Fraktion** erhielt **Herr Weber** zur Begründung das Wort. Das, was Herr Dreibrodt vorgetragen habe, sei zum großen Teil richtig und wichtig und die Initiative zu dieser Änderung habe die CDU-Fraktion bewogen, diesen noch weiter auszubauen. 1999 waren CDU und SPD in eine gemeinsame Koalition gegangen, damals wurden wir ebenfalls genau zu dem Zeitpunkt gewählt, als ein Haushalt

vorgelegt werden musste, als Hebesätze zur Erhöhung anstanden. Die CDU-Fraktion habe sich seinerzeit äußerst schwer getan, einer solchen Erhöhung zuzustimmen. Wir haben aber innerhalb der Koalitionsvereinbarung aber schon verabredet, diese Änderung soll höchstens für ein Jahr gelten. Kurz danach, nachdem wesentliche Weichenstellungen durch die damalige Koalition erfolgt waren, scheinbar auch bestimmte Bereiche ihre Ziele erreicht hatten, brach die Koalition auseinander. Danach gab es keine Mehrheiten mehr, die in einem bürgerlichen Sinne, wie die CDU ihn immer vertreten habe, wieder an diese Satzung heran zu gehen. Es haben aber die Fraktionsvorsitzenden Prescher, Emmerich, Lohde und Pohl immer wieder klar gemacht, dass wir mit der derzeitigen Höhe der Gewerbesteuer nicht leben können. Jetzt sind wir obendrein in einer Finanz- und Wirtschaftskrise, die das sog. antizyklische Verhalten des Staates, der Stadt, der öffentlichen Hand erfordert.

Die CDU-Fraktion habe daher den Antrag von Herrn Dreibrodt sehr genau geprüft und ist der Meinung, dass der Antrag der CDU-Fraktion weiterreichender ist. Der Antrag von Herrn Dreibrodt würde bedeuten, noch zwei Jahre warten und danach soll es auf das weit überhöhte Niveau der Gewerbesteuersätze hier in Dessau-Roßlau angehoben werden. Der CDU-Antrag, der versöhnen soll, der auch alle Seiten mitnehmen soll, hat das Ziel, natürlich Roßlau auch an das Niveau anzupassen, was zukünftig für ganz Dessau-Roßlau gelten soll, aber man sei der Meinung, unsere Betriebe in Dessau müssen jetzt auch Zeichen sehen. Die Entlastung der Betriebe würde mindestens psychologisch, aber auch für die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen der Stadt sehr wichtig sein. Das Geld, was jetzt gebraucht wird, die Krise durchzustehen, um letzten Endes auch für Investitionen zu sorgen, ist wichtig.

Es wurde ihm, Herrn Weber, auch in der Diskussion immer wieder dieser Satz gesagt: Glauben Sie denn wirklich, dass wegen eines Gewerbesteuersatzes ein Unternehmen hier her kommt oder nicht? Er sage jawohl, das ist einer der Faktoren, der dazu beiträgt, ob sie kommen.

Der zweite Part des Änderungsantrages beschäftige sich auch mit der Grundsteuer B. Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt müssen zz. sehr viel leisten. Mit diesem Geld wollen wir auch dazu beitragen, dass die Bürger besser verstehen können, dass nicht nur wir ihnen für ihre Grundstücke Geld abnehmen und gleichzeitig unserer Verpflichtung auf vollständige Erschließung auch der Anliegerstraßen über 1 ½ Jahrzehnte nicht oder in der breiten Masse nicht nachgekommen sind. Wenn die Stadt es nicht schaffe, die Erschließungsmaßnahmen in der Breite der Grundstücke zu gewährleisten, dann dürfen wir auch nicht länger der Meinung sein, die Grundsteuer immer auf diesem überaus hohen Niveau halten zu können.

Herr Weber richtete sich an das Gremium und erklärte, dieser Antrag sei ein Zwischenweg zu dem, was Herr Dreibrodt vorgeschlagen habe, es soll aber auch ein klares Signal gegen die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung sein. Die Vorlage der Stadtverwaltung würde lediglich dazu führen, jetzt in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation in Roßlau in einem unverhältnismäßig hohen Maße Steuern zu erheben, damit Kapital aus der Wirtschaft zu holen und diejenigen, die kleinen und mittelständischen Unternehmen unserer Stadt, die als einzige wirklich nachhaltig und umfassend die Arbeitsplätze hier gesichert haben, weil wir keine großen Ansiedlungen hatten, diejenigen würden wir noch einmal bestrafen. Es kann nicht das Signal sein, das in diesen Tagen von diesem Stadtrat ausgeht.

Für die **SPD-Fraktion** sprach **Herr Eichelberg**. Er könne teilweise den Antrag von Herrn Dreibrodt nachvollziehen, man sei aber mit unserer Doppelstadt in einer Situation, die es nicht erlaubt, auf bestimmte Einnahmen zu verzichten. Des Weiteren richtete er sich an die CDU-Fraktion, deren Argumente er ebenfalls teilweise verstehen könne. Sie sollte aber einmal daran denken, was im Moment im Bund beschlossen werden soll und auf die Länder, Gemeinden und Kommunen herunter bricht. Das Konjunkturbeschleunigungsgesetz werde uns als Kommunen und Landkreise noch genug zu schaffen machen. In dieser Situation noch von Steuersenkungen zu reden, halte er nicht für richtig. Wenn man noch einmal darüber nachdenke, was es für den einzelnen Unternehmer bedeutet - bedeute es Mehransiedlung, wenn wir besser anbieten? Das stehe an 6. oder 7. Stelle, was dem Unternehmer wichtig ist. Wichtig sind die weichen Standortfaktoren, welche Möglichkeiten gibt es, über Autobahnen, Zuganbindungen schnell an seinen Standort zu kommen. Herr Eichelberg warnte davor, jetzt den falschen Weg zu beschreiten. Es würde uns Millionen Nichteinnahmen kosten. Man wisse im Moment nicht - Herr Eichelberg appellierte an die CDU - man habe bestimmt die Aussage des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt zu dem, was in der Bundesrepublik beschlossen werden soll, gehört, dass letztendlich die Kommunen und die Länder diejenigen sein werden, die die Einnahmeausfälle irgendwann kompensieren müssen. Abschließend erklärte Herr Eichelberg, die SPD-Fraktion stehe zu der Beschlussvorlage der Verwaltung.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, ging zunächst auf den Antrag von Herrn Dreibrodt ein. Zu dem unterschweligen Vorwurf der Ungleichbehandlung und des Schürens von Emotionen mit Argumenten gegen eine Anpassungsverlängerung auf 5 Jahre hinaus führte er aus, wenn man über eine gemeinsame Stadt redet, die man sein will, heiße es Geben und Nehmen in gleichem Maße. Wenn dann in einem Ausschuss daran erinnert werde, dass der Stadtteil Roßlau bereits seit dem ersten Tag der Fusion von den Versorgungsleistungen profitiert, im Bereich Abwasser, Trinkwasser usw., muss das zu sagen auch legitim sein. Das sei kein Schüren von Befindlichkeiten, das seien Tatsachen. Wenn angesichts der Haushaltssituation der Stadt Dessau-Roßlau, die noch viel schlimmer werde, wenn man die Steuerschätzungen für 2010 genau wisse, dann ist es legitim, sich darüber Gedanken zu machen, dass das, was in einem Landesgesetz steht, auch einmal ohne größere Diskussionen umzusetzen und es nicht darauf ankommen zu lassen, über einen vielleicht über 4 oder 5 Jahre dauernden Rechtsstreit die Bürger im Ungewissen zu lassen, welche Steuerlast letztendlich auf sie zukommt. Deshalb sollte man den Vorschlag von Herrn Dreibrodt nicht mittragen.

Den Vorschlag der CDU-Fraktion betreffend, merkte Herr Bönecke an, natürlich sei es wünschenswert, hier ein politisches Signal zu setzen. Was er aber in dem Änderungsantrag vermisste, das wäre bei Steuersenkungen ein zwingender Bestandteil, ist die Finanzierungsgrundlage. Diese fehlt in dem Beschlussvorschlag, weshalb er schon nicht abstimmungsfähig ist.

Dennoch auf einige inhaltliche Gesichtspunkte eingehend, wies Herr Bönecke darauf hin, wenn man „nur“ über die Steuerausfälle reden würde, die die Stadt sich selber zufügen würde, wenn sie den Hebesatz senkt, könne man darüber noch ernsthaft nachdenken. Aber: Die meisten hier wissen, dass diese Hebesätze letztendlich an die Zuweisungen des FAG gekoppelt sind. Senke man die Hebesätze, werden sich auch unsere Zuweisungen nach dem momentanen Stand der Dinge entsprechend reduzieren. Hier komme also noch einmal ein wesentlicher Einnahmeverlust zustande, den man

ebenfalls kompensieren müsse. Die Größenordnung wisse man im Moment nicht, kenne nur den Worst-Case, der uns 2010 als Loch ereilen könnte. Aus diesem Grunde könne man guten Gewissens diesen Vorschlag nicht mittragen. Es fehlt die Finanzierungsgrundlage und wir haben nicht einmal überschlagen bekommen, wie hoch sich die Mindereinnahmen auswirken würden.

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, sprach sich gegen die Polemik aus, mit der Herr Dreibrodt seinen Änderungsantrag untermauert hat, und in vielen Dingen der Wahrheit entbehrt. Mit diesen Ausfällen gehe man nicht mit, aber mit seinen Vorschlägen. Man habe in der Mitgliederversammlung eindeutig und grundlegend über diese Hebesätze gesprochen. Unsere Mitglieder haben bei allen Fragen, die die Fusion betreffen immer gesagt, dass man nach Geist und Buchstaben des Fusionsvertrages handelt. Demzufolge werde man auch dafür stimmen, die Hebesätze erst nach dem Erstreckungszeitraum von 5 Jahren anzuheben. Der Fusionsvertrag war für die Stadträte des NEUEN FORUMS immer Gesetz und werde es weiter bleiben. Deshalb werde man dem Änderungsantrag von Herrn Dreibrodt zustimmen.

Die **Fraktion Die Linke** vertrete den gleichen Standpunkt, wie bereits im Hauptausschuss und wie zur Fusion, gleich bleibende, konstante Hebesätze für Roßlau bis einschließlich 2010, erklärte **Herr Pätzold**. Er stellte folgenden **Ergänzungsantrag**: „Für die Berechnung der Grund- und Gewerbesteuern sind für die Stadt Dessau-Roßlau einheitliche Steuermesszahlen entsprechend nach Gemeindegruppe B über 25.000 bis 1.000.000 Einwohnern anzuwenden.“ Als Begründung führte Herr Pätzold aus, mit der Fusion der beiden Städte Dessau und Roßlau zu einer Stadt nach Kommunalneugliederungsgesetz ist die Voraussetzung zur Anwendung der Gruppe über 25.000 Einwohner erfüllt. Wir sollten hier die Gleichstellung zunächst erfolgen lassen.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bemerkte, er **persönlich** bringe einen **Änderungsantrag** ein, den er bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich gestellt hat. Vorab wolle er aber sagen, als einer derjenigen, der im Hauptausschuss der Stadt Dessau die Fusionsverhandlungen damals mit begleitet hat, sehe er sich durchaus an den von beiden Städten vereinbarten Vertrag gebunden. Darin sind die fünf Jahre tatsächlich beschrieben. Wenn wir in der Erstreckungssatzung durch unseren hiesigen Beschluss einen anderen Zeitraum festgelegt haben, wäre das geeignete Mittel darauf hinzuwirken, eine Änderung der Erstreckungssatzung zu betreiben. Das wolle er denjenigen mit auf den Weg geben, die das gerne anders haben wollen. Das sei bisher nicht passiert, was ein Manko für ihn sei. Auf der anderen Seite haben Leute die eine gemeinsame Organisation, in diesem Falle eine Stadt bilden, auch eine gleiche Verantwortung zu tragen. Insofern müssen wir uns in Dessau und in Roßlau für das Wohl der Stadt bemühen.

Die Situation ist beschrieben worden, die Haushaltslage bekannt. Zum heutigen Zeitpunkt und für das nächste Jahr sehe er keine Möglichkeit, von den derzeitigen Sätzen für den Altbereich Dessau abzugehen. Insofern sei die Einlassung von Herrn Weber zwar nachvollziehbar und wünschenswert, aber nicht umsetzbar. Man habe im Gegenteil noch andere Größenordnungen, die an Einsparungen und an geringeren Ausgaben zu erbringen sind und sei auf dem Weg noch nicht erfolgreich genug gewesen. Mit der Situation nach der Wirtschaftskrise habe man für solche Entwicklungen leider im Moment nicht die Möglichkeit. Darüber hinaus habe man nicht die Konsolidierungsanteile beschlossen, worauf er verweise. Deshalb wolle er für die Beschlussfassung gern vor

der Abstimmung wissen, welche Steuermindereinnahmen zu erwarten sind gegenüber den bisherigen Planungen, wenn der eine oder andere Änderungsantrag eine Mehrheit finden sollte.

Herr Giese-Rehm **beantragte**, den **§ 2** der Anlage 2, nämlich die Hebesätze für das Jahr 2011, heute nicht zur Abstimmung zu bringen, d. h. **aus der Vorlage zu streichen** und den **§ 3 zu § 2** werden zu lassen. Der eigentliche Beschluss zur Hebesatzung 2011 sollte mit der Haushaltssatzung 2011 erfolgen. Das würde heißen, dass heute nur für das Haushaltsjahr 2010 die Hebesätze beschlossen werden. Diese liegen im § 1 vor. Vor der Abstimmung erwarte er eine Antwort von Frau Nußbeck.

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, bemerkte, der eben gemachte Änderungsvorschlag, 2011 aus der Satzung herauszunehmen, werde unterstützt. Er wurde bereits im Finanzausschuss gestellt, so dass diesem Teil der Änderung zugestimmt werde.

Bezüglich des Antrages der CDU-Fraktion sei es erstaunlich, heute hier Steuergeschenke zu verteilen, und das, obwohl die CDU dem Konsolidierungskonzept zugestimmt hat. Es wurde im Vortrag noch angemahnt, dass die Erschließung von Straßen schon längere Zeit auf sich warten lasse, aber wenn man die Steuern senkt und weniger Einnahmen habe, müssen manche Straßen noch länger warten. Außerdem wurde schon darauf aufmerksam gemacht, dass wir dann als Dankeschön für Steuergeschenke noch weniger vom Land durch das FAG bekommen. Der Städtetag hat eingeschätzt, dass 7,4 Milliarden Euro in diesem Jahr weniger an Gewerbesteuer auf die Gemeinden zu kommen. Damit habe man nicht gerechnet. Schuld daran ist nicht nur die Wirtschaftslage, sondern die Änderung des Gesetzes. In der Finanzausschusssitzung habe sie bereits versucht, die Änderung des Gesetzes klarzumachen. Immerhin habe man nach wie vor einen Freibetrag von 24.500 €. D. h. wenn man kleine Betriebe stützen wollen, fallen diese nicht einmal darunter. Weiterhin habe man eine Änderung bei den Hinzurechnungen. Auch wenn diese erweitert worden sind, komme noch einmal ein Freibetrag für die Hinzurechnung von 100.000 €. Sollten darüber hinaus Hinzurechnungen anfallen, werden diese nur zu 25 % als Grundlage genommen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass der Gesetzgeber festgelegt hat, dass die Gewerbesteuer mit dem Faktor 3,8, d. h. bis zu einem Hebesatz von 380 % voll von der Einkommenssteuer abzusetzen ist. Deshalb frage sie, wem eigentlich noch Geschenke gemacht werden sollen. Diesen Antrag lehne die Fraktion ab.

Frau Beigeordnete Nußbeck erläuterte, in der vorliegenden Beschlussvorlage sind zum Teil die Beträge ausgewiesen. Herr Dreibrodth hatte ja den Antrag gestellt, dass die Frist verlängert wird auf 5 Jahre. In der Beschlussvorlage sind auf der Seite 2 unten die Beträge für die Grundsteuer B 338 T€ Mehreinnahmen und für die Gewerbesteuer 363 T€ ersichtlich. D. h. man rede über eine Einnahmehöhe von 702 T€ im Jahr 2011. Im Jahr 2010 würde das noch gar nicht wirken.

Zu dem weitergehenden Antrag von der CDU könne sie jetzt nicht detailliert antworten, da er von dem abweicht, was im Finanzausschuss gesagt wurde. Für das Jahr 2010 würde die Senkung der Hebesätze, so wie jetzt vorgeschlagen, etwa 1,4 Mio. € ausmachen und zwar für die Grundsteuer 563 T€ und für die Gewerbesteuer 811 T€. Für 2011 wären das dann noch einmal in der Grundsteuer 680 T€ und in der Gewerbesteuer 976 T€, was etwa 1,6 Mio. € ergebe. Diese 1,6 Mio. € könne man noch einmal für das Jahr 2012 annehmen. D. h. man rede insgesamt über 4,6 Mio. € Mindereinnahmen in diesem Zeitraum.

Hinzu kommt, dass wir weitere Fehleinnahmen zu erwarten haben. Das FAG ist jetzt in der Schlussberatung. Möglicherweise müssen wir nicht den Worst-Case annehmen, sondern den Best-Case, aber auch der bedeute etwa 6 Mio. € Mindereinnahmen gegenüber dem Niveau 2009, weil das Land auch Mindersteuereinnahmen hat. Es war schon bekannt, dass der Topf für das FAG jedenfalls gedeckelt ist. Die Frage war nur, wie die Verteilung jetzt innerhalb der Gebietskörperklassen erfolgt. Da sehe es nicht nach einem Worst-Case aus, aber auch der Best-Case sei immer noch dramatisch. Wir selber werden aus der Krise Steuermindereinnahmen haben, die wir im Moment noch nicht abschätzen können. Fest steht, dass diese aber weit über 1 Mio. € sein werden. Im nächsten Jahr werden wir mehr an den Kosten der Unterkunft durch den Bund beteiligt. Man habe in diesem Jahr schon Tarifsteigerungen beschlossen, die im nächsten Jahr voll wirken und man habe wieder neue Tarifverhandlungen zu erwarten. Das sind Mehrbelastungen, die uns zwar noch nicht ganz genau in der Höhe, aber zumindest im Wesentlichen bekannt sind, die noch die Rahmenbedingungen verschärfen. Auch vor dem Hintergrund, wie es Herr Bönecke bereits vorgetragen hat, dass kein Deckungsvorschlag dafür gemacht worden ist, sehe sie für den Vorschlag der CDU keinen Raum.

Herr Weber, CDU-Fraktion, bemerkte an Herrn Eichelberg gerichtet, er wisse nicht, woher dieses Argument „die Gewerbesteuer interessiert ja keinen“ und die Behauptung „da gucken die erst als letztes hin“ kommen. Thalheim mit Q-Cells war ein ganz großes Paradebeispiel. Sie haben wesentlich darauf geachtet, auf die Infrastruktur, die Dessau bieten konnte mit seinen Flächen, die in Oranienbaum angeboten wurden. Die Flächen waren viel besser als in Thalheim zu dem Zeitpunkt.

Er arbeite seit vielen Jahren in der Wirtschaftsförderung und habe jeden Tag mit Unternehmen zu tun, die hier investieren, die immer wieder berichten. Es sei richtig, dass es viele Faktoren gebe. Er habe aber auch gesagt, es gehe um die Betriebe, die schon hier sind, die hier schon zahlen. Man könne nicht nur von denen reden, die irgendwann einmal hierher kommen sollen, sondern über die, die die ganzen Jahre bereits die Verantwortung hier in Dessau für die Arbeitsplätze tragen. Diese müssen jetzt wieder entlastet werden.

Zur Frage, wie viel Millionen verloren gehen, sage er, Frau Nußbeck habe den Haushalt deshalb nicht vorgelegt in diesem Jahr, weil sie gesagt habe, die Schätzungen sind noch nicht ausreichend. Nun sind die Zahlen letzte Woche gekommen. Es war aber schon in der Finanzausschusssitzung fraglich, als sie 2 Mio. € nannte. Bei 8 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen und bei 450 % Hebesatz mache er einen Dreisatz daraus und sage, dass erste Jahr gehen 30 % herunter ..(Frau Nußbeck warf richtig stellend ein, dass es nicht 8 sondern 10 Mio. € seien) ...Herr Weber führte weiter aus, wenn man den Dreisatz hier rechne, sei auch immer noch klar, dass es nicht die Größenordnungen sind, von denen gesprochen wird. Zusätzlich dazu sei gesagt, man wisse sowieso noch nicht, was aus den Steuern im nächsten Jahr wird. Es gehe aber um das Signal, um die politische Wirkung.

Im Gegensatz zum Antrag von Herrn Dreibrodt wolle man, dass in Roßlau angehoben wird. Man wolle die Solidarität haben und zwar in diesen 3 Schritten. Nämlich, so wie in Roßlau langsam angehoben wird, soll in Dessau abgebaut werden, solidarisch. Diese Mehreinnahmen stellen einen Unterschied dar und müssen auch wieder eingeplant werden.

Was die Finanzierung angehe, werde es langsam bösartig von Herrn Bönecke, wenn er immer wieder sage, die gebe es nicht. Es gab bisher in diesem Stadtrat keine Mehrheit für Vorschläge der CDU-Fraktion, was sie akzeptieren müsse. Und Herr Bönecke müsse aber akzeptieren, dass heute eine Entscheidung getroffen werden muss, wolle man die Dessau-Roßlauer Unternehmerschaft, wolle man unsere Dessauer und Roßlauer Bürgerinnen und Bürger nun auch mal wieder entlasten und teilhaben lassen an der Umsteuerung in der Krise.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, mit der Art der Auseinandersetzung, wie sie Herr Dreibrodth pflegte, diene es der gemeinsamen Stadt nicht, wenn man mit persönlichen Diffamierungen agiere. Im Grundsatz habe Herr Pätzold bereits gesagt, wie sich die Fraktion dazu verhalte. Man habe als Fraktion keinen Grund, hinter unserem Wort, was die Fusion betrifft, zurückzutreten. Diese gemeinsame Stadt werde zu wenig gelebt. Nach wie vor habe er den Eindruck, dass jeder seins macht. Am Ende hat noch keiner begriffen, dass es eigentlich einmal ein Rettungsanker war, den man gemeinsam gesetzt hatte, um uns für die Zukunft fit zu machen. Wenn man diesen Bogen hinbekomme, dass man zum Wohle der neuen Stadt Dessau-Roßlau füreinander und miteinander streitet, habe man es gepackt. Er denke aber, dass das im Augenblick ein schwieriges Unterfangen ist. Deshalb ein Ja zum Antrag von Herrn Dreibrodth, ein Nein zu seiner Polemik.

Der Antrag der CDU, in der Richtung Steuersenkungen auf den Weg zu bringen und Abgabensenkungen, sei kontraproduktiv, denn man habe am heutigen Tage eine weitere Vorlage, wo man sich dazu verständigen werde, wie wir in der Stadt zukünftig weiter agieren mit dem Aspekt, dass wir das Strukturelement Stadt zur Bewerkstelligung der Krise benötigen. Mit dieser Art des Umgangs, den wir jetzt pflegen, mit Steuersenkungen und Abgabensenkungen, provozieren wir bereits jetzt Entlassungen. Hinter solche Forderungen könne sich die Linkspartei nicht stellen. Aus seiner Sicht sei es wichtig, dass wir das Strukturelement Stadt zur Bewerkstelligung der Krise nutzen und es in diesem Zusammenhang auch einnahmeseitig stärken. Das sei unsere Verpflichtung gegenüber den Bürgern.

Auf die Diskussionsbeiträge eingehend, erklärte **Oberbürgermeister Koschig**, er sei Herrn Schönemann dankbar, dass er zu dem hier eingezogenen Stil des Hauses das gesagt hat.

Betrug und Verrat setze aktives Handeln voraus. Er könne sich nicht erinnern, einen entsprechenden Antrag an den Landtag des Landes Sachsen-Anhalt gestellt zu haben, diesen Anpassungszeitraum zu verkürzen, sondern man habe im Gegenteil im Vorfeld der Beschlussfassung des Gesetzes unsere Einwände geltend gemacht. Der Gesetzgeber hat sie eben nicht berücksichtigt und seine eigenen Gründe gehabt. Wir sind am 1. Juli 2007 alle auf die Einhaltung von Recht und Gesetz verpflichtet worden, der Oberbürgermeister sogar vereidigt. Auf den Einwand von Herrn Pätzold eingehend, erläuterte Herr Koschig, die Messbeträge sind Bundesgesetz. Hier habe die Stadt keinerlei Handlungsmöglichkeiten, da sie vom Finanzamt festgelegt werden. Insofern könne man heute beschließen, was man wolle, der Beschluss greife ins Leere.

Wir haben aber die Ungleichheit der Ortsteile angefasst und Herr Koschig sei auch den Mitgliedern der Linkspartei dankbar, dass sie Mitglieder dieser Bürgerinitiative waren, die sich bis an den Petitionsausschuss gewandt hat. Man sei immer noch unzufrieden,

dass das Thema noch nicht gelöst ist und der Gesetzgeber hier keinen Handlungsdruck sieht. Insofern sei der Antrag Motivation, sich noch einmal darum zu kümmern.

Wir sehen es genauso, dass das eine Ungleichbehandlung ist, aber was die Anpassung der Hebesätze an ein einheitliches Niveau bedeutet, war den Roßlauern von Anfang an klar. Da werden Dinge unterstellt und Herr Dreibrodt lebt es aus, zusammenhängende Dinge herauszureißen, was sich chic und griffig anhört. Die Roßlauer wissen, dass die Anpassung auf sie zukommt. Herr Koschig bedauerte, keine Mehrheit gefunden zu haben, eine Anpassung stufenweise zu vollziehen, was für die Bürgerinnen und Bürger für diese Ortsteile besser gewesen wäre, so habe man jetzt 2011 diese Anpassung. Er halte es für gefährlich, jetzt hier in Rechtshändel zu treten, was auch wieder Geld koste. Wir wissen nicht, wann einmal eine Entscheidung kommt. Bei vielen Dingen, wo gesetzgeberische Maßnahmen angegriffen werden, halten sich die Gerichte im Wesentlichen an den Gesetzgeber. Der Landtag, als gesetzgebendes Organ, als Legislative genieße ein hohes Ansehen und ein sehr hohes Bestimmungsrecht. Da müssen es schon deutliche Verfehlungen sein, die dann ins Verfassungsrecht hineingehen, um Aussichten auf Erfolg zu haben. Die Frage sei, welches Ergebnis erzielen wir dann in der Öffentlichkeit. Die Roßlauer wissen nicht genau, was auf sie zukommt und wann. Zum Schluss geht es aus wie das Hornberger Schießen und wir haben die Bevölkerung mehr verwirrt, als Sicherheit gegeben. Das betreffe jetzt die Angleichung der Hebesätze zwischen Dessau und Roßlau. Er sei selbst Steuerzahler der Roßlauer Seite und diese Einwendungen, die im Hauptausschuss gebracht wurden, sind nicht Erfindungen von Stadträten, sondern das ist auch die Meinung von Leuten auf der Straße. Wir geben hier nicht das beste Bild ab. Wir müssen den Roßlauern klar sagen, wo es langgehen soll.

Bezüglich der Konsolidierung stehe ein ganz schweres Jahr 2010 bevor. Es werde immer gesagt, der Oberbürgermeister droht mit der Nichtgenehmigung des Haushaltes. Natürlich müsse er darauf hinweisen, dass die Gefahr sehr hoch ist, dass er nicht genehmigt wird. Im Hauptausschuss habe Herr Koschig auf den Bericht des Landesrechnungshofes verwiesen, der ja auch dem Landesverwaltungsamt bekannt gemacht wurde. Dort ist ein Passus enthalten, wo das Landesverwaltungsamt ganz heftig kritisiert wurde, ihre Aufgaben als obere Kommunalaufsicht nicht in dem erforderlichen Maße wahrzunehmen. Das Landesverwaltungsamt und die Stadt haben da eine abweichende Meinung. Wir denken schon, dass die obere Kommunalaufsicht eine vernünftige Arbeit macht. Die Kommunalaufsicht sei auch nicht dazu da, Zuchtmeister für die Kommunen zu spielen, sondern uns auch zu begleiten, uns Rat zu geben. Was aber die Konsolidierungsbemühungen der Gemeinde betrifft, werde vom Landesrechnungshof zu Recht eingefordert, hier stärker den Daumen darauf zu legen. Immer wieder sei es gelungen, in langen Beratungen, in zähen Konsensverhandlungen, Kompromisse mit der Genehmigungsbehörde zu schließen, dass unser Haushalt nicht beanstandet wird. Im Jahr 2007 ist er in der Stadt Roßlau letztendlich nicht beanstandet worden, weil die Fusion bevorstand. Um nicht nach längerem Hin und Her den Haushalt noch einmal in den Rat zu bringen, habe man damals vom Landkreis Anhalt-Zerbst ein wohlwollendes Entgegenkommen bekommen, um die Fusion vorbereiten zu können und uns nicht auch noch auf der Haushaltsseite zu verreiben. Das setze ja auch eine Menge Verwaltungskraft voraus.

Oberbürgermeister Koschig stellte fest, dass es heute einen Vorschlag gab, die Jahrescheibe 2011 noch nicht zu behandeln, was ein machbarer Kompromiss sei. Wir brau-

chen aber eine klare Vorgabe der Hebesätze für das Jahr 2010 und diese vor dem Hintergrund der noch bevorstehenden Haushaltsberatungen. Jede Steuersenkung, die wir heute beschließen, zieht neue Konsolidierungsvorschläge nach sich. Zumindest die Stadträte, die in den Beratungen zu den Vorschlägen von Rödel & Partner mit dabei waren, haben gesehen, wie schwer es ist, weitere Konsolidierungsdinge auf den Weg zu bringen, denn wir gehen langsam an die Substanz unserer Stadt und auch an die Substanz der sozialen Stadt Dessau-Roßlau. Dies bat Herr Koschig bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, merkte an, man habe einen Ausgangsantrag und vier Änderungsanträge. Zunächst richtete er bezüglich der Hinweise, die Herr Koschig abgegeben hat, die Frage an Herrn Pätzold, ob er seinen gestellten Antrag zurückzieht und der Oberbürgermeister das zum Anlass nimmt, einen entsprechenden Vorstoß zu machen. Herr Dr. Exner nahm die Antwort entgegen, dass der Antrag bestehen bleiben soll und merkte dazu ferner an, dass eigentlich darüber nicht abgestimmt werden kann, weil es nicht in unsere Zuständigkeit fällt. Dieser Antrag werde gestellt für jeden Fall, der hier abzustimmenden Anträge.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte das folgende Abstimmungsverfahren dar. Zunächst werde über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion abgestimmt, welcher das ganze Stadtgebiet und die Prozentsätze betreffe und somit der weitestgehende Antrag sei. Als nächstes werde über den Antrag von Herrn Dreibrodt abgestimmt, da dieser nicht so weit reichend ist. Von Herrn Giese-Rehm habe man den Antrag, welcher einen Teil der ursprünglich eingereichten Stadtratsvorlage betreffe und diese letztendlich modifiziert. Er wäre deshalb der am wenigsten weit reichende Antrag. Danach sollte über den Hauptantrag und zum Schluss über den Antrag von Herrn Pätzold abgestimmt werden.

Der **Änderungsantrag der CDU-Fraktion**, den Ausgangsantrag dahingehend zu ändern, dass die Hebesätze lediglich in Teilschritten angehoben bzw. gesenkt werden sollen, wie in der den Stadträten ausgereichten Liste dargestellt, wurde mehrheitlich **abgelehnt** (11:28:02).

Der den Stadträten ebenfalls vorliegende **Änderungsantrag von Herrn Dreibrodt** wurde nach dem Verlesen **abgelehnt** (11:28:02).

Die Abstimmung des **Änderungsantrages von Herrn Giese-Rehm**, in der Anlage 2 den § 2 ersatzlos zu streichen mit der Folge, dass der § 3 der Beschlussvorlage zum § 2 wird, ergab ebenfalls mehrheitlich **Ablehnung** (13:27:01).

Die Hebesatzsatzung wurde mehrheitlich **abgelehnt**.

Abstimmungsergebnis: 17:20:04

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass mit der Ablehnung des Hauptantrages der Ergänzungsantrag von Herrn Pätzold entfalle.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, stellte die Frage, ob nächstes Jahr in diesem Bereich dann keine Steuern erhoben würden?

Zunächst gelten die alten Beträge weiter, erklärte **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Bis zum 30.06.2010 können rückwirkend für das laufende Jahr Erhöhungen beschlossen werden. Allerdings werde man, wenn nicht noch einmal rechtzeitig darüber verhandelt wird, also am 16.12.2009, die Bescheide so versenden müssen. Für Rodleben und Brambach bedeutet es, dass dort die Änderungen nicht wirksam werden. Alles andere würde so bleiben, weil sich für Dessau und Roßlau nichts ändert.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erklärte, er schäme sich für diesen Stadtrat. Man habe sich heute wieder blamiert und es sei eine Katastrophe, was in diesem Hause laufe.

Herr Pohl, CDU-Fraktion, bezog sich auf die Ausführungen von **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion**, dass er sich für diesen Stadtrat schäme, dass man sich heute wieder blamiert habe und es eine Katastrophe sei, was in diesem Hause laufe. Er erklärte, Herr Eichelberg müsse sich für die Bemerkung, er schäme sich für den Stadtrat, schämen. Im Übrigen wundere er sich, wer hier alles Bescheid weiß, was Unternehmer fühlen und denken und was ihr Handeln bestimmt. Auch darüber sollten bestimmte Leute nachdenken. Die CDU-Fraktion hatte einen vernünftigen Vorschlag unterbreitet, welcher nicht angenommen wurde. Das andere hatte sich abgezeichnet. Das Abstimmungsergebnis, das man heute habe, sei die Addition der Abstimmungsergebnisse des Finanzausschusses sowie des Hauptausschusses. Dort sei die Satzung ebenfalls abgelehnt worden. Er verbitte sich solche Bemerkungen von Herrn Eichelberg.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, als Unternehmer dieser Stadt zahle er gern Steuern.

7.6. Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH **Vorlage: DR/BV/431/2009/II-30**

In den Aufsichtsrat der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH wird Herr Stadtrat Andreas Schwierz entsandt.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

7.7 Übertragung der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Stadt Dessau-Roßlau auf die DESWA **Vorlage: DR/BV/406/2009/II-30**

Frau Nußbeck, Beigeordnete für Finanzen, erläuterte, die Vorlage begründe sich in der Vereinheitlichung der Vertragsverhältnisse. Bislang hatte man zwei unterschiedliche Verträge, die Aufgabenübertragung der Stadt Dessau auf die DESWA und die Aufgabenübertragung der Stadt Roßlau auf die ROWA. Die ROWA ist bereits im vergangenen Jahr mit der DESWA verschmolzen, so dass es nur noch ein Entsorgungsunternehmen in dieser Stadt gibt. Folgerichtig musste dieser Vertrag vereinheitlicht werden. Darüber hinaus gab es eine Reihe von Hinweisen seitens der Kommunalaufsicht, die bei der Überarbeitung des Vertrages Berücksichtigung fanden. Letztlich wurde auch eine Aufgabe, die bislang nicht auf die DESWA übertragen war, sondern vom Eigenbetrieb wahrgenommen wurde, nunmehr wirksam auf die DESWA übertragen, d. h. die Aufgabe stand schon im Vertrag, war aber durch gesonderte Beschlusslage vom Voll-

zug ausgesetzt. Die Fäkalienentsorgung wird durch einen Dritten durchgeführt, nicht mehr vom Eigenbetrieb. Dazu gab es eine Ausschreibung und die Vergabe ist erfolgt. Zur nächsten Stadtratssitzung werden von der DESWA die entsprechende Kalkulation und die Entsorgungsbestimmungen vorgelegt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 41:00:00

**7.8 Radverkehrsachse Fläming-Elbe
Bau eines multifunktionalen Weges im Abschnitt Natho-Mühlstedt
- Maßnahmebeschluss -
Vorlage: DR/BV/309/2009/VI-66**

Herr Tonndorf, Fraktion NEUES FORUM, bezog sich auf die der Beschlussvorlage beiliegende Karte und stellte dar, dass der Lückenschluss im Wesentlichen über die Gemarkung Streetz und Mühlstedt erfolgt. Wo die gestrichelte Linie aufhört, ist die historische Verbindung von Natho über den Mühlstedter Weg, den Kohlenschachtweg in Mühlstedt nach Meinsdorf. Er bat die Anregung des Ortschaftsrates Streetz und auch der Mühlstedter zu bedenken. Der Radweg sollte direkt auf dem historischen Feldweg entlang, über die Verbindungsstraße Streetz-Mühlstedt hinweg führen, um so die Ortslage Mühlstedt auszusparen. Es sollte berechnet werden, um wie viel das sich erhöhen würde. Das wäre der bessere Weg, da das Pflaster in Mühlstedt nicht das Beste für den Radweg ist.

Für die Beantwortung erhielt **Herr Pfefferkorn, Leiter des Amtes 66**, das Rederecht und sagte zu, man werde prüfen, ob das einzubauen ist. Herr Tonndorf werde Bescheid erhalten. Auf den weiteren Verlauf des Weges eingehend, erläuterte er, dass von Dessau nach Meinsdorf die vorhandenen Wege genutzt werden. Von Meinsdorf nach Mühlstedt ist der Weg fertig gestellt und mit Bitumen sehr ordentlich ausgelegt. Der folgende Abschnitt Mühlstedt-Natho (3,1 km), um den es hier geht, wird hoffentlich im Jahr 2010 über das Konjunkturpaket II ausgebaut. Dann komme man in den Bereich Natho über die Kreisgrenze nach Kleinleitzkau, was ca. 2,5 km sind, welcher eine Schwachstelle sei. Man müsse auf der Kreisstraße 12,55 km fahren, oder als Alternativroute den landwirtschaftlichen Weg Natho-Bornum-Kleinleitzkau wählen. Hier ist der Ausbau von den Initiatoren dieser Wegeverbindung gewünscht, Straßen begleitend auszubauen, aber noch nicht greifbar, benennbar und finanzierbar. Dann gehe es von der Ortslage Garitz, welche fertig ausgebaut ist, in einen weiteren Abschnitt Garitz-Garitz Wald (1,5 km) welcher im Rahmen eines Bodenordnungsverfahrens im Jahr 2010 ausgebaut werde. Von Garitz bis zur Landesgrenze über Reuden-Grimme ist der Weg dann in der Trasse in Form von wassergebundenen Deckschichtbelegen fertig ausgebaut. Die Gemeinden wollten das ursprünglich auch anders, können es aber nun erst einmal so überschultern. In den nächsten Jahren wolle man mit Bitumenschichten die Wege verbessern. Nunmehr sei aber ein akzeptabler Radwegverkehr möglich. Was noch fehlt, sind Ausschilderungen und die Vermarktung der Tour. Daran werde im Rahmen der ILEK-Arbeitskreise gearbeitet, in denen die Landkreise, die Stadt Dessau-Roßlau, der Naturpark Hoher Fläming und Naturpark Fläming e.V. Mitglied sind. Daraus sei erkennbar, dass der Abschnitt Mühlstedt-Natho ein ganz wesentliches Stück der Realisierung der Vernetzung vom Fläming zur Elbe ist, aber noch nicht perfekt laufe.

Die Vorlage wurde beschlossen. **Abstimmungsergebnis:** 40:00:01

7.9 Maßnahmebeschluss Ausbau der Coswiger Straße **Vorlage: DR/BV/383/2009/VI-66**

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte die Frage, warum in der Planung der Straße an der Kirche vorbei nicht die Straßenflucht der Coswiger Straße Richtung Rathaus aufgenommen wurde. Die Häuserflucht stehe bereits in der Linie. Dass die Straßenführung an die Kirche herangerückt wird, sei nicht nachvollziehbar, weil darunter der Platz um die Kirche deutlich leidet. Wenn man sich die Anlage 1 ansehe, entstehen Grünflächen, die es derzeit zum Teil, aber im größeren Bereich noch nicht gibt. Teilweise gebe es auch private Grundstücke, die dort einbezogen werden würden. Er habe den Eindruck, dass die Kosten nicht so hoch wären, sie einzubeziehen und damit eine Flucht, wie sie bereits besteht, herzustellen, statt eine neue zu schaffen und mit dem Straßenmittelpunkt auf ein Wohnhaus zuzulaufen.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Amtes 66, erwiderte, er könne die komplette Planungsabsicht jetzt nicht ad hoc erläutern und sie müsse nachgereicht werden. Die Straße wurde in dieser überbreiten, alten und vorhandenen Trasse so gelegt, um den Privatanliegern einen gewissen Platz vor ihrem Grundstück zu lassen, wo Parkmöglichkeiten sind und um auch die Grünflächen zuzuordnen, deren Pflege dann über die Privatleute mit abgesichert werden sollte.

Zu der von Herrn Giese-Rehm angesprochenen Trassenführung sei mehrfach im Ortschaftsrat und mit den Anliegern beraten worden, erklärte **Frau Andrich, Fraktion Die Linke**. Es handelt sich dabei teilweise um einen Eingriff in private Grundstücke, wenn man die Straße nach rechts verlegen würde, wofür man mit den Anwohnern in den Beratungen einen Kompromiss gefunden habe. Die Anwohner haben einstimmig dieser Straßenführung zugestimmt. Das Votum der Bürger und des Ortschaftsrates sollte akzeptiert werden.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte die Frage, welches LEADER-Programm gemeint ist, da es weder ein LEADER-Programm, noch eine LEADER-Förderung gebe. Wahrscheinlich meine man die Dorfentwicklung und man hoffe auf einen LEADER-Zuschlag. **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**, stellte ein zustimmendes Nicken des Beigeordneten Hantusch fest.

Die Vorlage wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:01:03

7.10 Maßnahmebeschluss Verkehrsmanagementsystem zwecks Beteiligung **am Förderprojekt Verkehrslage Mitteldeutschland** **Vorlage: DR/BV/338/2009/VI-66**

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 40:00:01

7.11 **Verbrennungsverordnung** **Vorlage: DR/BV/354/2009/VI-83**

In seiner Einführung merkte **Herr Beigeordneter Hantusch** an, die Beschlussfassung der Verbrennungsverordnung durch den Stadtrat wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Es war sein persönliches Anliegen, insbesondere wenn man bedenkt, dass man die Stadt des Umweltbundesamtes, des Bauhauses, des Anhaltischen Theaters und der Kurt-Weill-Gesellschaft ist, aber auch vor dem Hintergrund, dass wir die Stadt des Gartenreiches sind. Insofern habe man auch eine hohe Verantwortung für das Image der Stadt, für die Wirkung nach Außen. Vieles sprach für diesen komplizierten Weg, aber es war immer klar, dass man Entsorgungsalternativen braucht. Das war für die Verwaltung die Arbeitsrichtung.

Die Verbrennungsordnung wurde unter Einbeziehung des Stadtverbandes der Gartenfreunde, aller Ortschaftsräte und des Ortsbeirates Törten beraten und diskutiert mit dem Ergebnis, dass der Stadtverband der Gartenfreunde, 12 Ortschaftsräte und der Ortsbeirat der Aufhebung der bestehenden Verbrennungsordnung zustimmten. Lediglich zwei Ortschaftsräte sprachen sich dagegen aus. Bei der Diskussion war klar, dass Kompromisse eingegangen werden müssen. Es gebe zwei Kompromisse, die sich in der vorliegenden Verordnung wieder finden: Das Inkrafttreten ab 01.01.2010, damit die Bürger sich darauf einrichten können, und dass die Genehmigung für Einzelfallentscheidungen gebührenfrei erteilt werden.

Am 27.10.2009 wurde die Vorlage im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vorgestellt und fand mehrheitliche Zustimmung. Insofern sei man auf dem rechten Weg, weshalb Herr Hantusch um Zustimmung zur vorliegenden Vorlage bat. Nach der Beschlussfassung wird sie im Januar-Amtsblatt der Bürgerschaft vorgestellt und auf das zukünftige Verbot und Alternativen hingewiesen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, begrüßte es, dass man die Orientierung auf die umweltpolitische Zielsetzung nicht an den Gebühren festmacht und Hauptaufgabe ist, die Problematik Emission umweltverträglich zu begleiten und zu steuern. Insofern sei es eine Kehrtwendung in der Herangehensweise an ein solches Problem. Wir regenerieren und sammeln ein Energiepotential, nämlich Biomasse. Das lasse uns in vieler Hinsicht viele neue Möglichkeiten. Wir als Stadt sind dabei, neue Wege zu gehen und gemeinschaftliche Projekte auf den Weg zu bringen, was Sinn mache.

Er persönlich verwehre sich, mit dem Begriff eines Verbotes zu agieren, denn hier folgt die Vernunft der Entscheidung. Die Vernunft gebietet, dass man mit einem solchen Wertstoff verantwortungsvoll umgeht und darüber hinaus auch im Zusammenhang mit den anfangs erwähnten umweltpolitischen Zielen agiert. Für Herrn Schönemann ergebe sich deshalb eine Frage zur Präzisierung. Es gab immer missverständliche Argumentationen. Ziel war es, im Zuge einer Vorerstlösung keinerlei Gebühren im Zusammenhang mit der Möglichkeit der Beistellung von Baum- und Strauchschnitt zur Bioentsorgung zu erheben. Aus diesem Grund wolle er **für das Protokoll verbindlich die Aussage**, ob im Zusammenhang mit dieser Entscheidung eine Null bei der Gebühr im Zusammenhang mit dem Einsammeln dieses Materials stehen wird.

Das könne sie jetzt nicht beantworten, weil es davon abhängen wird, wie viel das am Ende ist, entgegnete **Frau Beigeordnete Nußbeck**. Man werde erst nach dem Jahr

Erfahrungen sammeln. Jetzt werde es nicht zu einer Gebührenerhöhung führen, aber man müsse erst sehen, wie das angenommen wird.

Die Feststellung von **Herrn Rumpf, CDU-Fraktion**, dass Brauchtumsfeuer, auch private Brauchtumsfeuer, nicht von der Verordnung betroffen sind, wurde bestätigt.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 35:01:05

Oberbürgermeister Koschig bedankte sich für das Votum, vor allem aber bei denen, die diesen langen Weg mitgegangen sind in den Ortschaftsräten, Ausschüssen, bei den Mitarbeitern, besonders bei Frau Dr. Kegler. Hier sei viel geleistet worden, dass man zu diesem, gemeinsam getragenen Ergebnis gekommen ist, was dieses Haus dann auch wieder auszeichne.

OB Koschig gratulierte Herrn Professor Schmidt zu seiner Titelverleihung (s.a. S. 2)

Herr Prof. Schmidt bedankte sich für die Glückwünsche und drückte weiterhin seine Genugtuung aus, dass die Aufhebung zur Verbrennungsordnung endlich durch ist. Seine Fraktion habe dies vor fünf Jahren das erste Mal in den Stadtrat eingebracht. Die Argumente waren die gleichen, die heute auch Herr Schönemann zitiert hat. Insofern freue er sich, dass man nunmehr gemeinsam ein positives Ergebnis für die Stadt habe. Er hofft, dass die Regelungen jetzt im Dezember von den Bürgern nicht zu stark in Anspruch genommen werden, so dass man sich auf ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest vorbereiten kann.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Stadtratsvorsitzenden beendet.

Dessau-Roßlau, 17.12.09

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

E. Baumer
Schriftführerin